

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 35 (1994)
Heft: 9

Artikel: Wirtschaftsförderung durch Regionenförderung
Autor: Dobrovolny, Georg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092880>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Interview mit Karel Dyba, Wirtschaftsminister der Tschechischen Republik

Wirtschaftsförderung durch Regionenförderung

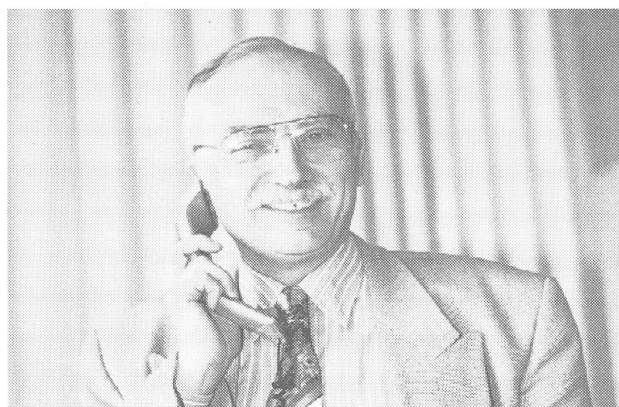
Auf welchen Grundsätzen baut die Wirtschaftspolitik der tschechischen Regierung auf, und welche Rolle spielt dabei die regionale Politik?

Die Wirtschaftspolitik der Regierung der Tschechischen Republik konzentriert sich auf die Beendigung der Transformation der tschechischen Wirtschaft vom plan- zum marktwirtschaftlichen System. Wir erbauen eine Marktwirtschaft, ein marktwirtschaftliches Milieu, in dem im Unterschied zum früheren System die Regierung nur mit indirekten Mitteln die Wirtschaftsobjekte beeinflussen kann. Die wichtigsten Ziele der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik, mit der die Regierung den Rahmen für das Funktionieren einer gesunden Wirtschaft schafft, sind: Fortsetzung des bewährten Budgetausgleichs im Staatshaushalt, Senkung der Steuerbelastung und das Bestreben nach einer möglichst tiefen Inflation und das Erhalten der Konkurrenzfähigkeit in Anbetracht der Exportabhängigkeit und natürlich der Abschluss der Privatisierung.

Die Realisierung der ökonomischen Reform hat einen unterschiedlichen Einfluss auf die Entwicklung von diversen Gebieten unseres Staatswesens. Nicht alle Gebiete sind gleich gut vorbereitet für marktwirtschaftliche Bedingungen, unter welchen eine Reihe von Betrieben sich im Konkurrenzkampf behaupten müssen.

Regionen mit einem überdurchschnittlichen Anteil von nicht konkurrenzfähigen Betrieben nehmen ein grösseres Transformationsrisiko auf sich, was wiederum relativ grössere wirtschaftliche Verluste und Beeinträchtigung der regionalen Entwicklung bedeuten kann und somit nur einen kleinen Beitrag dieser Regionen zum nationalen Bruttoinlandsprodukt ergibt. Daher müssen wir Mittel und Wege finden, wie wir schwache Regionen unterstützen können.

Der Umfang der unterstützten Regionen sowie die Intensität und Form der staatlichen Hilfe hängen vom Stand und der Entwicklung der Wirtschaft in einer bestimmten Region im Vergleich zum gesamtstaatlichen Durchschnitt sowie von den zur Verfügung stehenden Budgetmitteln, von historischen Gegebenheiten usw. ab.



Minister Dyba stand uns Red und Antwort zur tschechischen Wirtschaftspolitik.

Eine gute regionale Politik erfordert permanente analytische Bewertung der regionalen Wirtschaftsentwicklung. Letztere ermöglicht ein genaues Bestimmen der Problemgebiete. Auf dieser Basis erfolgen die regionalen, unterstützenden Massnahmen in Regionen, die dies am meisten nötig haben — natürlich immer in Übereinstimmung mit den gegebenen Budgetmitteln und im Kontext mit anderen Zielen der Budgetpolitik.

Wird die regionale Politik als eine präventive, flankierende Massnahme oder als eine SOS-Politik verstanden?

Die regionale Wirtschaftspolitik sowie Massnahmen der Regierung schaffen Bedingungen zur Unterstützung solcher regionaler Aktivitäten, die längerfristig gesehen ohne staatliche Hilfe prosperieren werden. Zu den Basiselementen unserer Regionalpolitik gehören die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen in ausgewählten Regionen. Hauptziel ist dabei die Ermunterung zu solchen lebensfähigen, unternehmerischen Absichten (und damit indirekt zur Entstehung von neuen Arbeitsmöglichkeiten).

Ein weiteres Gebiet, auf welchem der Staat die regionale Entwicklung unterstützen kann, ist eine überdurchschnittliche Hilfe für die Entwicklung der technischen Infrastruktur in schwach entwickelten Gebieten mit dem Ziel, die regionale Attraktivität für Unternehmer zu erhöhen. Das kann zum Beispiel so geschehen, dass der Staat mithilft, den Zugang zu einer bestimmten Region mittels einer schnelleren öffentlichen

Verbindung zu fördern, sei es durch Telekommunikation, Bahn- und Busverbindungen, lokale Infrastruktur usw.

Eine regionale Restrukturierung ist jedoch nur möglich, wenn die Bewohner — Vertreter der Lokalbehörden, der Interessenorganisationen und der Unternehmer sowie der Bürger — diese Politik aktiv unterstützen. Mit anderen Worten: Die zentralen Behörden können der gegebenen Region eine gewisse methodische, informatorische und gegebenenfalls auch finanzielle Unterstützung geben, sie können jedoch nicht die marktwirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten aufdecken, etwas, das die lokalen Einwohner und lokalen Institutionen besser kennen als die Zentrale in Prag. Lokale Ressourcen und Initiative sollen in der Regel Basis und Motor für die Restrukturierung der gesamten Region bilden.

Wie sieht die Reform der Landesverwaltung, angenommen am 22. Dezember 1993, aus, und wie korrespondiert sie mit der regionalen Politik bzw. mit der regionalen Wirtschaftspolitik?

Auf jeden Fall wird die Gemeinde die Basis der Selbstverwaltung bilden, und auf die neuen Organe der Landesverwaltung sollten nur jene Aktivitäten übertragen werden, die seitens der Gemeinden und der Regierung nicht effizient erledigt werden können. Es ist offensichtlich, dass es sich primär um Tätigkeiten des öffentlichen Sektors handeln wird, wie zum Beispiel das Schulwesen, das Gesundheitswesen, Kultur, regionale Infrastruktur usw. Die Probleme der regionalen Entwicklung werden somit Bestandteile bei der Abgrenzung der Kompetenzen auf verschiedenen Ebenen der Verwaltung (Gemeinde/Land).

Es geht somit um die Beziehungen zwischen den Gemeinden, öffentlichen regionalen Institutionen und Landesverwaltung und damit auch um die Verantwortung für die Entwicklung dieser Bezirke und Regionen. (Anmerkung des Interviewers: Die Wirtschaftspolitik der tschechischen Regierung konzentriert sich derzeit auf die wirtschaftliche Unterstützung der schwachen Regionen als erster Schritt zu einer künftigen Regionalpolitik.) (Interview: Georg Dobrovolny)

Die wichtigsten Ziele der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik: Budgetausgleich im Staatshaushalt, Senkung der Steuerbelastung, niedrige Inflation, Erreichen der Konkurrenzfähigkeit und natürlich der Abschluss der Privatisierung.